

SP und FDP vereint im Kampf

Gemeinsame Front gegensätzlicher Parteien gegen die CVP-Volksinitiative zur Heiratsstrafe

Von Vera Tschan, Bern

Die Initiative der CVP zum «Verbot der Heiratsstrafe» sei nicht nur rückständig, sondern generiere Mehrkosten und zementiere falsche Anreize, teilen die SP und die FDP in einer gemeinsamen Mitteilung mit. Die beiden Parteien sind sich einig: Der richtige Weg zur Abschaffung der Heiratsstrafe führt über die Individualbesteuerung. Aber nur bei einem Nein zur CVP-Initiative bleibe dieser Weg offen, schreiben sie. Die SP möchte allerdings keine Mindereinnahmen für den Bund riskieren, die FDP hingegen schon. Trotzdem verbünden sie sich.

Christian Wasserfallen, Berner Nationalrat, ist überzeugt: «Abstimmungsvorlagen kann man nur gewinnen, wenn man zusammenspannt.» Besonders bei dieser schwachen CVP-Initiative sei eine Allianz von SP und FDP wichtig und richtig. Auch sein St. Galler Parteikollege Marcel Dobler hat keine Angst vor linkem Gedanken: «Wir haben keine Berührungsängste. Die SP hat zum Teil die gleichen Wertvorstellungen wie wir, man muss sie manchmal nur suchen», sagt er. Bei dem Thema Ehebesteuerung sei dies der Fall.

Armenien-Allianz

Sogar der Gewerbeverbandspräsident und Nationalrat Hans-Ulrich Bigler hält dies für keine heikle Allianz, so etwas geschehe des Öfteren, hält er fest. Biglers Behauptung entspricht den Studienergebnissen des GFS Instituts zu den Parteibündnissen im vergangenen Sommer. Gemäss dem Forscherteam um Lukas Golder ging die grösste politi-



Schulterschluss von ungleichen Partnern. FDP-Parteipräsident Philipp Müller (links) und SP-Parteipräsident Christian Levrat haben keine Berührungsängste. Foto Keystone

sche Wirkung in den letzten vier Jahren von einer sogenannten Armenien-Allianz aus. Der Name entstand aufgrund der Parteifarben von SP (Rot), FDP (Blau) und CVP (Orange), aus denen die armenische Flagge komponiert ist. Bekannter ist die Bezeichnung «Koali-

tion der Vernunft» aus den späten 90er-Jahren, als die drei Parteien zur Abwehr der SVP für kurze Zeit die gegenseitige Nähe suchten.

Obwohl sich FDP und CVP vor den Wahlen im Herbst empört gegen diese Unterstellung wehrten, geht die FDP

nun diese Liaison ein. Kurt Fluri, Solothurner Nationalrat, freut sich sogar über die Verbindung: «Ich halte dies für sehr positiv, denn es geht hier um Gesellschaftspolitik. Die SP und die FDP stehen gemeinsam für die Individualbesteuerung ein», sagt er. Heute soll sogar

eine gemeinsame Medienkonferenz einberufen werden. Der Luzerner Nationalrat Albert Vitali gibt sich zurückhaltend: «FDP-Präsident Philipp Müller muss es selber verantworten können, wenn er mit der SP eine gemeinsame Medienorientierung durchführt. Grundsätzlich habe ich keine Probleme damit, denn beide Parteien setzen sich für das gleiche Ziel ein. Der Auftritt ist besonders, ich bin aber froh, dass ich nicht Müllers Job ausführen muss.»

«Verzweiflungsakt der FDP»

Elisabeth Schneider-Schneiter von der Baselbieter CVP zeigt sich von der verhärteten Front nicht beeindruckt: «Die beiden Parteien haben das Gefühl, sie können gemeinsam etwas erreichen. Für mich ist dies ein Verzweiflungsakt der FDP und SP aufgrund der positiven Prognosen für die Initiative», sagt sie. «Es ist natürlich schön, dass man sich verbinden kann. Dies ist absolut legitim und zeichnet die schweizerische Demokratie aus.» Die SVP steht wie die CVP geschlossen für die Initiative ein. Adrian Amstutz, Fraktionspräsident der SVP, zeigt sich ungerührt vom Zusammengehen der FDP mit der SP: «Wir leben in einem freien Land, solche Allianzen sind erlaubt.»

Doris Fiala, Zürcher FDP-Nationalrätin, möchte nicht 80 000 Ehepaare entlasten, wenn damit 1,2 Millionen Singles diskriminiert werden. Sie übernimmt gar die Argumentationslinie der SP: «Niemand kann mir sagen, wie wir die zwei Milliarden Franken kompensieren sollen.» Bundesrat Ueli Maurer versicherte gestern, der nötige Betrag sei sicherheitshalber in der Legislaturplanung eingestellt.

Nachrichten

Die Angestellten des Bundes sind zufrieden

Bern. Das Bundespersonal ist mit seiner Arbeit und dem Arbeitgeber zufrieden. Das geht aus der Personalbefragung 2015 hervor. Vor allem die direkten Vorgesetzten wurden besser beurteilt als in früheren Jahren. Besonders erfreulich sei die hohe Identifikation der Bundesangestellten mit ihrem Job, teilt der Bundesrat mit, sowie die grosse Leistungsbereitschaft. SDA

600 Millionen Dollar für Atomwaffenproduzenten

Bern. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll letztes Jahr insgesamt 607,52 Millionen Dollar in Firmen investiert haben, die Atomwaffen produzieren. Dies geht aus dem jährlichen Bericht der niederländischen Friedensorganisation PAX hervor, der zeigt, welche Banken in Unternehmen investieren, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind. SDA

Parmelin erhält einen militärischen Berater

Bern. Der neue Verteidigungsminister Guy Parmelin erhält einen militärischen Berater. Der Bundesrat ernannte Korpskommandant Dominique Andrey für das Amt. Der bisherige stellvertretende Armeechef berät Parmelin in den wichtigsten Geschäften der Armee. Daneben berät Andrey den VBS-Chef bei den laufenden Grossprojekten sowie in sicherheitspolitischen Fragestellungen. Bundesrat Parmelin bekleidete im Militär den Rang eines Korporals. Sein Vorgänger Ueli Maurer war Major. SDA

Lohnabzug bei Genfer Beamten wegen Streiks

Genf. Die sieben Streiktage der Genfer Staatsangestellten im November und Dezember kommen die Streikenden teuer zu stehen. Insgesamt werden den Streikenden 3,85 Millionen Franken Lohn abgezogen. Gesamthaft wurden 65 981 Streikstunden bei den Staatsangestellten registriert, wie der Kanton Genf bekannt gab. Am meisten auf die Strasse gingen die Lehrer. SDA

Politischer Zündstoff in der Ökologie

Strategie Nachhaltige Entwicklung verabschiedet

Bern. Der Bundesrat hat gestern die «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019» verabschiedet. Das Papier enthält politischen Zündstoff: Einige der Ziele, die sich die Regierung steckt, sind im Parlament bereits gescheitert. Bis 2030 sollen beispielsweise die «wirtschaftlichen und technischen Potenziale zur Schliessung von Stoffkreisläufen» genutzt werden. Das ist das Ziel der Initiative «Grüne Wirtschaft», die die Räte ablehnen. Ein Gegenvorschlag mit der gleichen Stossrichtung fand ebenfalls keine Mehrheit. Gestern betonte der neue Bundeskanzler Walter Thurnherr, dass das Parlament zwar die Vorlage zurückgewiesen, sich damit aber nicht gegen grünes Wirtschaften ausgesprochen habe.

Ein weiteres Ziel ist die gesellschaftspolitische Verantwortung von Unternehmen überall dort, wo sie tätig sind. In die gleiche Richtung geht die Konzernverantwortungs-Initiative, für die gegenwärtig Unterschriften gesammelt wird. Eine Motion mit dem Anliegen ist im Parlament gescheitert. Der Bundesrat greife der Initiative nicht vor, betonte Bundespräsident Johann Schneider-Ammann. Auch Ziele des 2012 abgelehnten Präventionsgesetzes

sind in der Strategie enthalten. Insgesamt bleibt der Bundesrat darin aber vage. Neben einer Vision enthält das Papier Nachhaltigkeitsziele bis 2030, die auf der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UNO beruhen. Ein Aktionsplan umfasst neun Handlungsfelder, darunter Konsum und Produktion, Energie und Klima, Soziale Sicherheit oder Gesundheit.

Konkrete Massnahmen

In der Strategie zeigt der Bundesrat auch auf, welche Massnahmen er in der laufenden Legislaturperiode bis 2019 ergreifen will, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Beispielsweise erarbeitet er Grundlagen zur ökologischen Bewertung von Produkten und Rohstoffen über den gesamten Lebenszyklus, um die Transparenz über Produkteigenschaften zu verbessern. Beim verdichteten Bauen gibt der Bundesrat mehr Wohneinheiten statt grössere Wohnungen vor.

Für Schneider-Ammann ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Nachhaltigkeit eine grosse Klammer über alle Handlungsbereiche des Bundes bildet: «Heute geht nichts mehr, ohne Nachhaltigkeitsaspekte einzubeziehen.» SDA
Kommentar Seite 19

Benimm-Flyer für Asylbewerber

Vor Faschnachtsbeginn verteilt Luzern Regeln fürs Zusammenleben

Luzern. Eine Woche vor Faschnachtsbeginn hat der Kanton Luzern in Asylzentren Flyer mit allgemeinen Benimm-Regeln verteilt. Anlass waren die jüngsten Übergriffe auf Frauen in Deutschland und Ängste in der Luzerner Bevölkerung. Das vom Luzerner Gesundheits- und Sozialdepartement erarbeitete Falblatt wurde gestern im Asylzentrum Hirschpark in der Stadt Luzern den Medien vorgestellt. Er enthält 20 Piktogramme mit kurzen Begleittexten zu Grundregeln für das Zusammenleben in der Schweiz. Thematisiert werden der Rechtsstaat, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Rechte der Kinder sowie Regeln im öffentlichen

Leben. Eine der Regeln lautet, dass sexuelle Gewalt verboten sei. Dazu gehörten auch unerwünschte Berührungen. Im Begleittext heisst es, dass Körperkontakt nur zwischen Personen stattfinden, die sich kennen würden, und dass beide mit dem Körperkontakt einverstanden seien müssten. Auch sexuelle Handlungen von Erwachsenen mit Kindern unter 16 Jahren seien strafbar. Die Flyer werden in diesen Tagen in den kantonalen Asylzentren abgegeben. In einer ersten Auflage wurden über 4000 Stück gedruckt. Die Falblätter sind vorerst allerdings nur auf Deutsch verfügbar. Sie sollen nun in weitere Sprachen übersetzt werden. SDA

Defizite steigen trotz Milliarden-Kürzungen

Legislaturfinanzplan des Bundes zeigt rote Zahlen

Bern. Die Lage der Bundesfinanzen bleibt angespannt. Für die kommenden Jahre rechnet der Bundesrat trotz Sparprogramm mit strukturellen Defiziten. Er hat gestern den Legislaturfinanzplan verabschiedet.

Die Einsparungen im Voranschlag 2016 und das Stabilisierungsprogramm reichten nicht aus, um den Haushalt strukturell ins Gleichgewicht zu bringen, schreibt der Bundesrat. Deshalb habe er einen Legislaturfinanzplan mit strukturellen Defiziten verabschieden müssen. Der Plan für die Jahre 2017–2019 sieht steigende Defizite vor. Für das Jahr 2017 rechnet der Bundesrat mit einem Defizit von 500 Millionen Franken. 2019 würde das Defizit fast eine Milliarde Franken betragen.

Die verschlechterten Perspektiven seien eine Folge des geringeren Wirtschaftswachstums nach der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze zum Euro, schreibt der Bundesrat. Mit der Abschwächung des realen Wirtschaftswachstums und dem Rückgang der Teuerung seien auch die Einnahmenschätzungen deutlich nach unten korrigiert worden. Der Bundesrat hatte darauf bereits reagiert. Er traf Sparmassnahmen im Voranschlag 2016 und legte

das Stabilisierungsprogramm für die Jahre 2017 bis 2019 vor. Darüber muss noch das Parlament befinden. Die Sparmassnahmen von insgesamt gegen zwei Milliarden Franken sind im Legislaturfinanzplan berücksichtigt. Dennoch zeichnen sich nun ansteigende strukturelle Defizite ab.

Mehrausgaben bei Grossprojekten

Der Grund dafür sind die Mehrausgaben aus dem geplanten Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds und der Unternehmenssteuerreform III. Hinzu kämen zusätzliche Belastungen aus den ständerätlichen Beschlüssen zur Reform der Altersvorsorge 2020 und wegen der höheren Anzahl von Asylgesuchen, schreibt der Bundesrat. Die Schuldenbremse kann aus heutiger Sicht für den Voranschlag 2017 eingehalten werden. Für die Folgejahre sei die Herausforderung jedoch deutlich grösser, warnt der Bundesrat. Ab 2019 zeigt sich gemäss dem Bundesrat wieder Handlungsspielraum. Diesen will er nutzen, um den Ausgabenplan der Armee ab 2020 auf fünf Milliarden Franken zu erhöhen und die Reform der Ehepaarbesteuerung zu finanzieren. SDA

Raucherentwöhnung via Facebook

Westschweizer Präventionsorganisationen lancieren ein Projekt

Neuenburg. In der Westschweiz sollen diesen Frühling Tausende Raucher dank Facebook von den Zigaretten wegkommen. Dafür wird eine Kampagne der Westschweizer lanciert. Erste Versuche im Wallis vom Herbst verliefen ermutigend. «Zwischen 4000 und 6000 Westschweizer könnten dank Facebook aufhören zu rauchen», hofft Roland Savioz, der das Präventionsprojekt konzipiert hat. Beim Versuch im Wallis schrieben sich im September rund tausend Personen ein, über die Hälfte hörte mit dem Rauchen auf. Das von verschiedenen Westschweizer Präventionsorganisationen lancierte Projekt setzt auf den positiven Druck von Gruppen.

Wer aufhören will, soll bis am ersten Frühlingstag am 20. März der jeweiligen Gruppe seines Wohnkantons auf Facebook beitreten. Während sechs Monaten erhalten die Teilnehmer danach Ratschläge zum Abgewöhnen des Rauchens. Der Trick des Programms ist, dass die Teilnehmer nicht allein sind. «Das körperliche Verlangen nach einer Zigarette dauert ungefähr drei Minuten», sagte Alexandre Dubuis, Koordinator des Programms in der Westschweiz. Während dieser Zeit sollen die Entzugswilligen auf Facebook gehen, Kommentare schreiben und die Erfahrungen anderer Personen lesen, bis das Verlangen vorbeigegangen ist. SDA